

Beschlussvorlage

bearbeitet von:

Tel. Nr.:

Datum:

Christian Jutzler

0761/201-4582

21.09.2022

Information der RVF über aktuelle Themen

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öff.	n. ö.	Empfehlung	Beschluss
bA	27.10.2022		X	X	
VV	14.12.2022	X			X

Der beschließende Ausschuss empfiehlt der Verbandsversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Information der RVF über aktuelle Themen gemäß der Anlage zu dieser Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

ANLAGE:

Themen des Regio-Verkehrsverbunds Freiburg (RVF), September 2022

Themen des Regio-Verkehrsverbunds Freiburg (RVF)

Information für den Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF) zur Sitzung des beschließenden Ausschusses am 27.10.2022

September 2022

1. Verkaufsentwicklung 2022 – Januar bis August
2. ÖPNV-Rettungsschirm
3. Nachfolgeregelung 9-Euro-Ticket
4. Tarifierung März 2023

1. Verkaufsentwicklung 2022 – Januar bis August

Auch im Jahr 2022 ist die Nachfrage im RVF von der COVID19-Pandemie beeinträchtigt. Gegenüber dem Vorjahr sind jedoch deutliche Erholungstendenzen und somit Erfolge bei der Kundenrückgewinnung festzustellen. Ab dem Monat Mai und ganz besonders im Zeitraum Juni bis August ist der Fahrscheinverkauf im RVF-Tarif durch das 9-Euro-Ticket beeinflusst und nicht mehr vergleichbar. In dieser Vorlage wird deshalb hauptsächlich über die Verkaufszahlen für den Zeitraum Januar bis Mai 2022 und die dort erkennbaren Markttendenzen berichtet. Mit Start des Vorverkaufs des 9-Euro-Tickets im Mai wurde auf die statistische Ermittlung von **Fahrgastzahlen** verzichtet. Grund hierfür ist, dass keine Daten vorliegen, wie das 9-Euro-Ticket genutzt wurde. Zudem fehlen auch Erkenntnisse, wie viele „Fremdnutzer“ durch die bundesweite Gültigkeit zusätzlich den Nahverkehr im RVF genutzt haben.

Per Mai wurden im RVF-Verbundgebiet **40,7 Mio. Euro** vereinnahmt. Das sind **+24 %** mehr als im Vorjahreszeitraum. Gegenüber dem Niveau 2019 vor der Corona-Pandemie beträgt der Einnahmenrückgang aber immerhin noch -8,1 %. Die verkauften Stückzahlen zeigen die Entwicklung der einzelnen Marktsegmente des Verbundtarifs.

Der Verkauf von **RegioKarten Erwachsene** stieg bis Mai um deutliche +37,2 %. Dies ist allerdings auch auf den Vorverkauf des 9-Euro-Tickets im Mai zurückzuführen, da die Regio-Karte Basis als 9-Euro-Ticket ausgegeben wurde. Aber auch bei den Bindungsprodukten Abo/JobTicket konnte ein starkes Wachstum von +8,7 % gegenüber dem Vorjahr erzielt werden. Besonders die RegioKarte Job hat mit + 23,9 % hierzu beigetragen. Im **Ausbildungsverkehr** wurde der Verkauf um +24,2 % gesteigert. Die Nachfrage beim SemesterTickets stieg deutlich um +43,8 %, liegt aber noch um -13,9 % unter dem Wert von 2019. Die Schülerkarten (Monat/Abo) liegen um +1,0 % über dem Vorjahr, aber auch um +10,0 % über 2019! Der **Barverkehr** für gelegentliche Fahrten (Einzelfahrschein und Tageskarten), der besonders unter der Pandemie gelitten hat, konnte gegenüber 2021 deutliche Zuwächse +47,1 % erzielen und liegt nur noch leicht (-0,5 %) unterhalb des Absatzes von 2019. Dies ist auch auf die Einführung der Luftlinie zurückzuführen, bei der in den ersten fünf Monaten über 60 Tsd. Fahrten gemacht wurden. Die absolut stärksten Verkaufszuwächse verzeichnen die Einzelfahrschein (+534 Tsd. zusätzliche Tickets).

Exkurs: 9-Euro-Ticket

Das 9-Euro-Ticket hat ein hohes mediales Echo ausgelöst und dem ÖPNV viel Aufmerksamkeit beschert. Fast 98% der Deutschen kannten das 9-Euro-Ticket. Verkehrlich hat es eine hohe Nachfrage, besonders auf touristischen Verbindungen, generiert.

Stammkundinnen und -kunden als eine Zielgruppe des 9-Euro-Tickets wurden entlastet, da sie nur 9 Euro bezahlt haben statt der üblichen Monatsbeiträge; insofern hat das 9-Euro-Ticket zur Kundenbindung beigetragen. Es gab aber auch klar erkennbare Mitnahme-Effekte. Im Vergleich zum Vorjahr wurden zwischen Juni und August im RVF 1,9 Millionen weniger Fahrten (rund

-81 %) mit Einzelfahrscheinen und Tageskarten unternommen. Diese Fahrgäste sind wahrscheinlich in das 9-Euro-Ticket gewechselt. Bis zum Ende des Aktionszeitraums wurden im RVF rund 262.000 9-Euro-Tickets verkauft. Dazu kommen noch die Kundinnen und Kunden, die bereits ein Zeitkarten-Abo, Jahreskarte oder ein SemesterTicket im Verbund haben – diese Fahrscheine galten als 9-Euro-Ticket und wurden in den drei Monaten auch entsprechend bepreist. In Summe waren so fast 500.000 9-Euro-Tickets im Umlauf. In dieser Zahl fehlen allerdings die Verkaufszahlen der Deutschen Bahn in unserem Verbundraum, die zentral erfasst werden.

2. ÖPNV-Rettungsschirm

In der letzten Sitzung der ZRF-Verbandsversammlung am 27.07.2022 wurde über den Sachstand zum ÖPNV-Rettungsschirm 2020 und 2021 berichtet.

Auch im laufenden Geschäftsjahr **2022** liegen die Einnahmen im ÖPNV weiter unter dem Niveau von vor Beginn der Pandemie. Da es politisches Ziel ist, das Fahrplanangebot unverändert aufrecht zu erhalten, wurde auch für 2022 ein ÖPNV-Rettungsschirm beschlossen, über den auch die Mindereinnahmen aus dem 9-Euro-Ticket ausgeglichen werden. Für 2022 hat der RVF eine Schadenssumme in Höhe von rd. 28 Mio.(netto) kalkuliert. Davon entfallen rd. 14 Mio. auf den Ausgleich für die drei Monate 9-Euro-Ticket und rd. 14 Mio. auf den voraussichtlichen pandemiebedingten Schaden des Gesamtjahres. Insgesamt hat der RVF für die regionalen Verkehre 22,5 Mio. Euro beantragt. Nicht darin enthalten ist der Schaden für den Aufgabenträger SPNV in Höhe von 7,1 Mio. Euro.

Über die Liquiditätshilfe und einer Abschlagszahlung wurden bis zum August 2022 schon 16,8 Mio. Euro vom Land bewilligt und ausgezahlt. Im Unterschied zu den Vorjahren laufen in 2022 alle Anträge auf Schadensausgleich über die zuständigen Aufgabenträger, weil die Kleinbeihilfe-Regelung des Bundes zum 30.06.2022 ausgelaufen ist.

	beantragte Schadenssumme Tsd. Euro	bereits ausgezahlte Billigkeitsleistung Tsd. Euro
lokale Aufgabenträger	22.499	16.756
SPNV-Aufgabenträger	0	0
Summe	22.499	16.756

Die Einreichung der Endabrechnung für den **Rettungsschirm 2021** beim Land ist auf Ende März 2023 terminiert. Im Juni 2022 hat der RVF die finale Kalkulation der Mindereinnahmen aus dem Verbundtarif zur Verfügung gestellt. Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger müssen nun bis Mitte März 2023 die Endabrechnung beim Verbund testiert vorlegen.

3. Nachfolgeregelung 9-Euro-Ticket

Wie bekannt wird momentan zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung des ÖPNV gerungen. Aktueller Anlass ist der Plan der Bundesregierung, zeitnah ein Nachfolgeprodukt für das 9-Euro-Ticket einzuführen. Konkret geht es um drei Finanzierungsbereiche:

- die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung eines Nachfolgeprodukts in Höhe von 1,5 Mrd.€. Die Länder sollen ebenfalls 1,5 Mrd. beisteuern
- die im Koalitionsvertrag der Ampelregierung vorgesehene Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den Ausbau des ÖPNV in Höhe von 1,5 Mrd. € und
- die von den Ländern geforderten zusätzlichen Mittel in Höhe von 1,65 Mrd. € zur Kompensation der steigenden Energiekosten im ÖPNV.

Neben der Finanzierung stellen sich bei der dauerhaften Einführung eines günstigen und bundesweit gültigen ÖPNV-Tickets diverse Fragen, die erhebliche Auswirkungen auf die Tarifangebote, den Vertrieb und das Kundenmanagement vor Ort haben.

Die wichtigsten Forderungen, die von Seiten der Verbände und des VDV an die Verhandlungsgruppe herangetragen wurden, sind:

- die Finanzierung muss dauerhaft inklusiv einer Fortschreibung für Kostensteigerungen gesichert sein.
- das Ticket muss als Jahresabo angeboten werden, um die Kundenbindung vor Ort aufrechtzuerhalten. Eine ggf. ergänzende Monatskarte muss einen höheren Preis als das Abo haben.
- die Einnahmen verkaufter Tickets müssen nach dem Wohnortprinzip in die jeweiligen Verbundpools fließen, um Liquiditäts- und Umsatzverschiebungen zu verhindern.
- in den ersten Jahren muss der Ausgleich für die jeweiligen Verbundräume nach dem Rettungsschirmprinzip (Ausgleich auf die fortgeschriebenen Einnahmen 2019) erfolgen.
- auf Dauer ist eine transparente und diskriminierungsfreie bundesweite Verteilung der Einnahmen erforderlich.

Ergebnisse der eingesetzten Bund-Länder-Arbeitsgruppe sollen bis Mitte Oktober vorliegen.

4. Tarifierpassung März 2023

Im Jahr 2022 gab es in Summe Tarifierpassungen in Höhe von 4,2 %, die zum 1. Januar bzw. 01.08.22 umgesetzt wurden.

Auf Grund der sehr starken Kostensteigerungen in allen Bereichen, die sich auch in einer ÖPNV-Inflationsrate per August 2022 von über 7 % widerspiegelt, soll die nächste Tarifierpassung bereits zum 01.03.2023 – zeitgleich mit Einführung des landesweiten JugendTicket – erfolgen. Der maximaler Tarifierhöhungsbedarf auf Basis der Inflationsrate beträgt über 5 Mio. Euro, so dass die Tarifierpassung deutlich ausfallen wird. Die Notwendigkeit eines solchen Schritts wird sowohl von den Verkehrsunternehmen als auch von den regionalen Aufgabenträgern gesehen.

Ohne eine Weitergabe der Kostensteigerung an die Kundinnen und Kunden müssten weitere Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten bereitgestellt werden, um das heutige Verkehrsangebot aufrechterhalten zu können.

Die formale Beschlussfassung über die Umsetzung des nachgewiesenen Tarifierhebungsbedarfs und die konkrete Entscheidung zur Tarifierhebung 2023 wird in einer außerordentlichen Sitzung des RVF-Aufsichtsrats erfolgen.

Auf Grund der hohen Kostensteigerungen wird die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat Tarifmaßnahmen mit deutlichen Preissteigerungen bei den Zeitkarten und auch im Barverkehr (Einzelfahrschein) vorschlagen. Hierbei ist aber zu bedenken, dass für einen großen Teil der Kundinnen und Kunden im Bereich der Abos diese Tarife nicht wirksam werden. Im Ausbildungsverkehr gilt aller Voraussicht nach ab dem 01.03.2023 das landesweites JugendTicket zum Preis von 30,50 Euro pro Monat. Mit dem Nachfolgeprodukt zum 9-Euro-Ticket wird voraussichtlich auch für Erwachsene ein kostengünstiges Abo-Produkt entstehen.

Bei allen Tarifierhebungsmodellen bleibt die Ertragssteigerung im Rahmen der ÖPNV-spezifischen Inflationsrate. Folgende Spannweiten für eine Tarifmaßnahmen sind in der Diskussion:

RegioKarten:

- Übertragbar: +4,00 bis +6,50 Euro auf 72 bis 74,50 Euro.
- Abo / Job: +3,30 bis +5,40 Euro auf 60 bis 62,10 Euro.
- Jahr: +4,00 bis +6,50 Euro auf 61,83 bis 64,33 Euro p. Monat.
- Basis: +3,50 bis +6,00 Euro auf 66 bis 68,50 Euro.
- Schüler/Azubi: +3,00 bis +4,90 Euro auf 49,50 bis 51,40 Euro.
- SchülerAbo +2,50 bis +4,00 Euro auf 41,30 bis 42,60 Euro (wird durch das landesweite JugendTicket in Höhe von 30,50 Euro pro Monat ersetzt).

SemesterTicket:

Das SemesterTicket soll um 5,00 bis 7,00 € – dies ist noch mit dem Studierendenwerk (SWFR) zu verhandeln – angepasst werden; greift erst ab Wintersemester 2023/24.

Bartarif (nur Eckwerte Preisstufe 1):

- Kurzstrecke: +0,10 bis +0,20 Euro auf 1,70 bzw. 1,80 Euro
- Einzelfahrschein: +0,10 bis +0,20 Euro auf 2,60 bzw. 2,70 Euro
- Tageskarte: +0,10 bis +0,60 Euro auf 6,10 (1 Pers.) bzw. 12,60 Euro (5 Pers.)

Gremienlauf 2023

Die formale Beschlussfassung über die Umsetzung des nachgewiesenen Tarifierhebungsbedarfs und die konkrete Entscheidung zur Tarifierhebung 03/2023 wird im Aufsichtsrat des RVF nach dem bA erfolgen. Wir gehen davon aus, dass – wie in den Vorjahren – die Kenntnisnahme durch die ZRF-Gremien ausreichend ist.

Damit ergibt sich folgender Gremienlauf zur Tarifierfassung zum 01.03.2023:

- Aufsichtsrat RVF im November 2022
Beschlussfassung
- beschließender Ausschuss ZRF am 27.10.2022
Information
- Verbandsversammlung ZRF am 14.12.2022
Information und Kenntnisnahme

Die RVF-Geschäftsführung

Dorothee Koch